

# Stolper Post

Tageszeitung  
für Stadt und Land



Ämtliches  
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespaltene Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 52

Stolp, Donnerstag, den 3. März 1927

51. Jahrgang

## Was wird Genf bringen?

Montag wird in Genf die neue Völkervereinigung unter dem Vorsitz Dr. Stresemanns ihren Anfang nehmen, doch werden zahlreiche Delegierte schon einige Tage vorher in Genf eintreffen. Dr. Stresemann begibt sich unmittelbar von der Riviera aus nach Genf, wo er am Sonnabendabend in Begleitung des Staatssekretärs von Schubert ankommen wird. Die übrige deutsche Delegation, die von Ministerialdirektor Gaus und Geheimrat von Hilow geleitet wird, setzt sich außerdem aus folgenden Herren zusammen: Geheimrat Zechlin als Referent für Polen, Legationsrat Voigt für das Saargebiet, Geheimrat Kemmen für Wirtschaftspragen, Gesandter Freytag für Minoritätsfragen, Legationsrat Volke und Legationsrat Reichhammer. Außerdem schließt sich den Herren das übliche technische Personal an.

Wie Reuters erfährt, wird Chamberlain am Sonnabend London verlassen, um an der Genfer Tagung teilzunehmen. Wie Reuters weiter mitteilt, wird hinsichtlich des Abrüstungsvorschlags des Präsidenten Coolidge allgemein angenommen, daß erst gegen Ende des Sommers eine ernsthafte Erörterung zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Japan möglich sein wird. Es wird erwartet, daß der Völkervereinigung seine Arbeiten Ende nächster Woche abschließen wird. Dagegen rechnet man mit einer mehrwöchigen Dauer der am 21. März zu ihrer zweiten Tagung zusammen tretenden Kommission zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz.

Von den offiziellen Gegenständen der Tagesordnung ist für Deutschland die Saarfrage der wichtigste Punkt. Es handelt sich dabei einmal um die Neuwahl des Präsidenten der Saarkommission und sodann um die Regelung der Militärfrage. Beide Fragen sind unstritten. England will wieder einen Kandidaten zum Präsidenten machen, weil der aus Gesundheitsrücksichten zurückgetretene Stanbury Stephens das Amt nur ein Jahr innehatte. Im Saargebiet selbst wünscht man das saarländische Mitglied der Regierungskommission, Kohnmann, als Präsidenten.

Schwieriger noch als diese Personalfrage ist die Frage der militärischen Besetzung des Saargebietes. Gegen die Stimme des saarländischen Mitglieds hat sich die Regierungskommission bekanntlich dafür entschieden, daß an die Stelle der französischen Besatzung eine sogenannte Bahnpolizeitruppe in Stärke von 800 Mann treten soll. Das würde natürlich in der Praxis nichts anderes bedeuten, als daß man die französischen Soldaten in eine andere Uniform steckt und sie dadurch zu einer internationalen Polizeitruppe macht. Jedenfalls würde auch eine solche Regelung gegen den Vertrag verstoßen, auf den sich Frankreich immer nur dann beruft, wenn er eine Handhabe gegen Deutschland bietet, während die wenigen Bestimmungen, die Deutschland gewisse Rechtsansprüche gewähren, unbeachtet gelassen werden. Tatsächlich darf nach dem Versailler Vertrag im Saargebiet nur eine lokale, aus Saareinwohnern gebildete Polizeitruppe bestehen. Man kann aber natürlich nicht die französischen Besatzungssoldaten als „Saareinwohner“ ansehen. Denn nach dem Versailler Vertrag dürften sie ja gar nicht in das Saargebiet hinein.

Wichtiger als die offiziellen Verhandlungen des Rates werden natürlich die privaten Unterhaltungen zwischen den in Genf verammelten Staatsmännern sein. Man rechnet insbesondere mit einer Besprechung zwischen Stresemann und Zschernig über die deutsch-polnische Streitfrage. Auch über die Abrüstungsfrage sind weitere nichtoffizielle Verhandlungen zu erwarten, und schließlich wird sich auch eine Gelegenheit zur Erörterung der chinesischen Frage finden.

Wie verlautet, hat der französische Minister des Auswärtigen, Briand, die Absicht, der Tagung des Völkervereinigung nicht bis zu ihrem Ende beizupohnen, sondern sich nur drei Tage in Genf aufzuhalten. Nach seiner Abreise wird Frankreich durch Paul Boncour vertreten werden.

## Die Botschaft hör ich wohl . . .

Kriegsrüstungen und Friedensgerede.

Paris, 2. März. Bei einer Kundgebung der französischen Vereingungen für den Frieden, die in Anwesenheit zahlreicher Parlamentarier der linksstehenden und Mittelparteien stattfand und die das Werk von Locarno und dadurch auch den Eintritt Deutschlands in den Völkervereinigung feierte, sprach der Vorsitzende der Vereinigung, Paul Boncour, selbst über die Rolle des Völkervereinigung und erklärte: Die Märztagung der vorbereitenden Entwaffnungskommission werde über das Schicksal der Entwaffnungskonferenz entscheiden. Jede Nation müsse Opfer bringen. Frankreich sei dazu bereit (darum die umfangreichen Rüstungen, Festungs- und U-Boot-Bauten. Die Red.) aber die anderen müßten das gleiche tun. Wenn die Konferenz, wie er hoffe, zu einem Ergebnis gelangen werde, dann werde die Entwaffnungsfrage aus dem nationalen Rahmen herausgehoben in den internationalen, denn von da ab könne kein Staat mehr durch sein Parlament die internationa-

len Abmachungen abändern. — Einen großen Eindruck machte die Rede des Vertreters des britischen Nationalrates zur Verhinderung von Kriegen, des Mitglieds des Unterhauses, Bennie Smith, der zum Ausdruck brachte, welche ungeheure Bedeutung die Politik von Locarno, vor allem aber der Eintritt Deutschlands in den Völkervereinigung für die Pazifizierung Europas habe.

Für England hat die Pazifizierung Europas angesichts der gegenwärtigen inneren Schwierigkeiten und der Wirren in Ostasien eine sehr hohe Bedeutung. Aus darf man es aber nicht verübeln, wenn wir die Befriedigung Europas ohne die uns zufriedenstellende Regelung der Räumungs- und Ostfragen nicht für möglich, geschweige denn erreicht halten.

Painlevé über Frankreichs Verteidigung.

Im „Petit Parisien“ hat sich jetzt auch der französische Kriegsminister Painlevé zur politischen Lage geäußert. Er betonte zunächst den Friedenswillen Frankreichs. Kein Land ist durch seine geographische Lage einem Angriff mehr ausgesetzt als Frankreich. Ich billige das Abkommen von Locarno; nachdem das Genfer Protokoll hat aufgegeben werden müssen, stellt es das Höchste dar, was man hat erreichen können. Zwischen meiner Pflicht als Kriegsminister und der von Briand so hartnäckig verfolgten Friedenspolitik besteht kein Widerspruch. Frankreich muß sich schütten, um besser der Sache des Friedens dienen zu können. Ein Frankreich, das unfähig wäre, einem Einfall erfolgreich Widerstand zu leisten, würde „für die bösen Mächte, die die alte Welt beunruhigten“, die gefährlichste Versuchung sein. Painlevé bezeichnete es im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen als eine Verleumdung, daß Frankreich am Rhein bleiben wolle, und ging dann auf den Verteidigungsplan der französischen Grenze ein.

Frankreichs Flottenmacht gegen England.

Der französische Marineminister Lyautey gab dem Vertreter des „Jurassic“ ein Interview über die Entwicklung der französischen Marine, wobei er u. a. ausführte, daß die französische Regierung vorläufig nicht plane, neue Großkampfschiffe zu bauen oder die veralteten Einheiten zu ersetzen. Die ganze Anstrengung richte sich auf den Bau von kleinen Kreuzern, Torpedobooten und U-Booten. Die Erfolge, die Frankreich gerade wegen der Konzentration auf diesem Gebiete erzielt habe, seien sehr groß. Jedemfalls ständen seine Neubauten in keiner Weise den modernsten englischen Einheiten nach. Auch die Seeluftschiffahrt soll jetzt wesentlich verstärkt werden. Nach Durchführung des neuen Flottenbauprogramms werde Frankreich allerdings noch nicht die Kriegsmarine haben, auf die es ein Recht besitze. Die Regierung werde, wenn das Land seine Zustimmung gäbe, sehr bald mit weiteren Forderungen hervortreten.

## Rußland und Polen.

Intrige oder Annäherung?

Moskau, 2. März. Anlässlich seines Besuches in Leningrad erklärte der polnische Gesandte in Moskau, Patetz, Pressevertretern gegenüber, daß die Art, in der die russische und die polnische Presse über die Ereignisse in ihrem Nachbarlande berichteten, keine gute Hilfe für eine gegenseitige Verständigung der beiden Länder leiste. Die Methode der Drohungen sei nicht dazu angetan, ein harmonisches Nachbarverhältnis herbeizuführen. Wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit sei für beide Länder gleich notwendig. Die Frage eines Garantiepaktes zwischen den beiden Ländern stehe auf der Tagesordnung sowohl der polnischen, wie auch der russischen Diplomatie und das sei ein einfacher und selbstverständlicher Akt, der keine Schwierigkeiten bereite. Die in dieser Hinsicht entstandenen Verwicklungen seien lediglich technischer Natur. Polen und Rußland seien Nachbarn, die eine große Grenzlinie hätten und gut nachbarlich zusammenleben müßten.

Die Erklärungen Patetzs muten angesichts der scharfen polnisch-russischen Gegensätze und der ganz offen gegen Rußland gerichteten polnischen Rüstungspolitik eigenartig und wenig aufrichtig an. Sie sind um so fragwürdiger, als die gesauten politischen Verhältnisse und Ziele der beiden Staaten jeder Annäherungspolitik entgegenstehen, wie erst kürzlich das diplomatische Nachspiel zum russisch-litauischen Vertragsabschluss ergab.

Die „Zvezditsja“ bemerkt dazu, daß eine wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit der beiden Länder nur denkbar sei, wenn auch das politische Verhältnis geklärt sei. Rußland habe den ersten Schritt dazu getan, indem Tschitscherin anlässlich seines Besuches in Warschau im Jahre 1925 den Abschluß eines Paktes vorgeschlagen habe. Auch später habe die Sowjetunion diesen Versuch wiederholt. So habe die Sowjetregierung im August 1926 der polnischen Regierung den Abschluß eines Garantiepaktes erneut vorgeschlagen. Sollte es Patetz mit seinen Ausführungen ernst meinen, dann müsse man, so erklärt die „Zvezditsja“ zum Schluß, schleunigst an die Verwirklichung dieses Vorschlages herantreten.

Berechtigtes Mißtrauen.

Die Erklärungen des polnischen Gesandten in Leningrad werden in Moskau sehr mißtrauisch aufgenommen, sie sollen

## Arbeiter zur Arbeitszeitfrage.

Die im „Reichsbund Vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine“ (Vorsitzender: Landtagsabgeordneter Wilh. Schmieder-Berlin) zusammengefaßte werksgemeinschaftliche Arbeiterbewegung veröffentlicht zur Arbeitszeitfrage folgende Entschlieung:

„Wir treten ein für eine den volkswirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen Rechnung tragende Arbeitszeit. Der schematische Achtstundentag, wie er von dem gewerkschaftlichen Bürokratismus verlangt wird, ist ein Verbrechen am deutschen Volke, an der deutschen Wirtschaft und insbesondere an der deutschen Arbeiterschaft. Durch ihn würde die Erzeugung verteuert, der Absatz verringert und die Arbeitslosigkeit ins Unendliche verlängert. Die gewerkschaftlich-marxistischen Gesetzmacher gehen von dem undeutschen Gedanken aus, daß die Arbeitskraft eine „Ware“ sei, die man nur beliebig zu verteilen und zu strecken brauche, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Selbst sonst sehr geschulte Leute nennen diese irrsinnigen Theorien Sozialpolitik und Anfurberung der Wirtschaft. In Wirklichkeit werden dadurch Arbeitsfreudigkeit, Strebamkeit und wirtschaftliches Pflichtgefühl in einer immer mehr zunehmende Verachtung gebracht! Völliger wirtschaftlicher Zusammenbruch würde das Ende sein! Die letzten Reste deutschen Vermögensbestandes gingen in die Hände des internationalen Vorkapitals über. Wenn man sogar die Mehrarbeit unter Strafe stellen will, so bedeutet dieses eine Forderung, deren Vertreter man selbst im Zuchthause zum Tode hinauswerfen würde! Was wir benötigen, das ist größtmögliche Steigerung der Waren-Erzeugung, dadurch Verbilligung der Erzeugnisse und steigende Kaufkraft des Geldes! Dieses Ziel erreichen wir nur durch eine Freimachung der Wirtschaft von dem steuerlichen Ueberdruck und den Fesseln der so überaus verhängnisvollen staatssozialistischen Bevormundung. Ergänzend benötigen wir die Freiheit für Arbeitskraft und Arbeiter aus der auf einem fortgeschritten Verfassungsbruch aufgebauten Zwangsbewirtschaftung durch die Gewerkschaften, denen nur noch ein Viertel der deutschen Arbeiterschaft angeschlossen sind! Im Vordergrund aller Aufbaubestrebungen muß der Einzelbetrieb stehen, dem Unternehmer und Arbeiter im Sinne einer, auf ethisch-sittlicher Grundlage beruhenden Arbeitsgemeinschaft zu dienen verpflichtet sind. Hinweg mit dem sozialistisch-gewerkschaftlichen Zuchthausstaat! Freiheit jeder ehrlichen Arbeit in Stadt und Land! Freie Bahn dem Arbeitenden!“

wie in russischen Kreisen angenommen wird, einen Druck auf Deutschland ausüben. Die Neuerung Patetzs über die polnische Enttäuschung im Westen wird nicht für ernst genommen. Man hört die Meinung, daß Polen keine besondere Veranlassung habe, eine russisch-polnische Annäherung zu betonen.

Patetz beabsichtigt, Charkow und Minsk zu besuchen, um in der Ukraine und in Weißrußland ebenfalls eine friedliche Stimmung gegenüber Polen herbeizuführen. In russischen Kreisen besteht die Ansicht, daß Deutschland und Polen in Genf zu einer Einigung gelangen, die jedoch für die Sowjetunion nicht gefährlich sein werde, da Deutschland sich gegenüber Rußland stets korrekt benommen hat.

## Frontverschiebung in China?

Die Kantonesen bedrohen Nanjing.

„Chicago Tribune“ meldet aus Schanghai: Die Nordtruppen und die Südtruppen haben anscheinend beschlossen, die Schlachtfront aus dem Gebiet von Schanghai nach der Westküste des Taiho-Sees, ungefähr 150 Meilen westlich von Schanghai, zu verlegen. Die Strategie der Kantonesen beruht jetzt anscheinend auf dem Plan, einen plötzlichen Vorstoß in Richtung Nanjing, nördlich Schanghai, zu unternehmen, um die Nordtruppen von ihrem Stützpunkt in der Provinz Schantung abzuschneiden, während die Nordtruppen einen ähnlichen Plan zur Räumung von Hangtschau, der Hauptstadt der Provinz Tschekiang, zu zwingen. Ausländische militärische Beobachter glauben, die Folge der neuen Bewegungen werde sein, Schanghai für einige Zeit von der Gefahr eines unmittelbaren Angriffes zu befreien.

Ein General Sun desertiert.

General Mengtschangbuch, einer der führenden Generale Suntschuanfangs, der diesem bereits früher viele Schwierigkeiten bereitet hat, ist mit seinem Stabe desertiert, nachdem er sich geweigert hatte, an der Seite der Schantungstruppen zu kämpfen. Er hat eine Division befehligt und es ist noch nicht bekannt, welche Haltung die führerlosen Mannschaften einnehmen werden. Man fürchtet, daß dieser Abfall weitere ernste Mißhelligkeiten zwischen den verbündeten Truppen in Sunksiang erwarten lasse.





# Total-Ausverkauf

Wegen Auflösung des Geschäfts. Ermässigung 20-40 Proz.

Selten günstige Gelegenheit zum Einkauf hochwertiger Qualitätsware.

Es werden folgende Rabatte gewährt:	Uhren jeder Art . . . . .	30 Prozent	Echte Goldwaren . . . . .	30 Prozent
	Brillantwaren . . . . .	30 „	Silberne-Bestecke . . . . .	20 „
	Trauringe . . . . .	20 „	Alpaka-Bestecke . . . . .	30 „
	Double-Schmuckwaren . . . . .	40-50 „	Alle anderen Waren . . . . .	30 „

Einige Beispiele: Herren-Ankeruhr früher 30.— Mk., jetzt 21.— Mk. — Hausuhr früher 150.— Mk., jetzt 105.— Mk.  
Brillantring statt 150.— Mk., jetzt 105.— Mk. — Goldene Herrenuhr früher 200.— Mk., jetzt 140.— Mk.

Für jede auch im Ausverkauf gekaufte Uhr wird schriftlich garantiert!

**OTTO PILA** Jnh.: Bernhard Buhr Neutorstr. 6 gegenüber dem Kaufhaus Görz.

## Ämtliche Bekanntmachungen.

### Polizeiverordnung.

Auf Grund des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 in Verbindung mit § 142 des Landesverwaltungs-Gesetzes vom 30. Juli 1883 und der Reichsverordnung über Vermögensstrafen und Bußen vom 6. Februar 1924 — Reichs-Gesetzblatt Seite 44 — erlasse ich mit Zustimmung des Magistrats der Stadt Stolp folgende Polizeiverordnung:

§ 1.

Jeder Besitzer von Bienenstöcken ist verpflichtet, solche Stöcke, die von bössartiger Faulbrut befallen sind, sofort dem Magistrat anzuzeigen.

§ 2.

Jeder Besitzer von Bienenstöcken ist verpflichtet, die Untersuchung seiner Bienenstöcke durch eine vom Magistrat bestimmte Kommission von Sachverständigen zu gestatten.

§ 3.

Jeder Besitzer von Bienenstöcken, bei denen bössartige Faulbrut festgestellt ist, ist verpflichtet, gemäß Anordnung der Kommission die erkrankten Bienenstöcke zu entseuchen oder beseitigen zu lassen.

§ 4.

Zumtberhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 30.— R. M. oder entsprechender Haft bestraft.  
Die Polizei-Verordnung vom 23. November 1925 wird aufgehoben.

Stolp, den 20. Januar 1927.

Der Oberbürgermeister.  
gez. Hasenjaeger

### Öffentliche Versteigerung.

Am Sonnabend, den 5. März 1927, vorm. 11 Uhr wird auf dem Feuerwehrhose ein für die Müllabfuhr nicht mehr geeignetes

## Pferd

meistbietend gegen sofortige Kasse versteigert werden.  
Stolp, den 2. März 1927.

Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Die für den Monat Februar 1927 fälligen Krankenversicherungsbeiträge sind spätestens bis zum 8. März ds. Js. bei uns einzuzahlen.

Weitere Mahnung ergeht nicht. Nach Ablauf obiger Frist erfolgt zwangsweise Beitreibung.  
Stolp, den 2. März 1927.

Allgemeine Ortskrankenkasse des Stadtkreises Stolp.

### Kirchen-Konzert

in der St. Petri-Kirche

Sonntag, den 6. März 1927, abends 8 Uhr

## Jesus und die Samariterin

Oratorium von Wilhelm Rudnick.

Ausführende:

Charlotte Möbus (Alt)

Felix Albrecht (Bass)

Kurt Kunitzki (Orgel)

Altstäd. Kirchenchor unter Leitung von Wilhelm Kühl.

Einlasskarten: Kirchenschiff blau 0,50 Mk., Altarraum und Chor (Empore) gelb 1,00 Mk. und Textbücher 0,30 Mk. in der Musikalienhandlung Felix Albrecht und an der Abendkasse.

Zwei Achtzigjährige!



## Wohnungsnot

zwingt viele zum Aufenthalt in dumpfen Stuben während der Wintermonate. Krankheit und Siechtum sind die Folge. Bekämpft sie durch Zuführung lebensspendender und erhaltender Stoffe, wie sie in einzigartiger Weise in

## Dr. Axelrod's Yoghurt

enthalten sind.

Täglich frisch durch sämtliche Milchläden, Klingelwagen und beim Milchausschankwagen der

Molkerei-Genossenschaft Stolp, Pommern.

## Hotel Kurhaus Stolpmünde.

Sonnabend den 5. März, 7 Uhr abends und Sonntag den 6. März

## große Eröffnungsfeier.

Auftreten erster Künstler.

Großer Gesellschaftstanz.

An beiden Tagen Autobusverbindung ab Stolp 8 und 10 Uhr abends vom Marktplatz.

Es ladet herzlichst ein

Karl Behnke.

## Wegen Geschäftsverlegung großer Räumungs-Verkauf!

Bei Barzahlung gebe ich auf sämtliche Bekleidung einen Rabatt von 20 Prozent. ♦ Ein großer Posten Stidereihemden und Schürzen (wegen Aufgabe dieser Artikel) zu Schleuderpreisen.

Der Weg zur Friedrichstr. macht sich bezahlt.

## Cutters Etagegeschäft

Friedrichstr. 6

## Reparaturen

schnell, gewissenhaft, billig.

## Uhrmacher C. Haar

Markt 19.

## Zwangs-Versteigerung

am 5. März 1927, vorm. 10 Uhr in Stolp, Sandberg 1:

1 Geldschrank, 2 Schreibtische, 5 Herrenpelze, 2 Sofas, 1 Spiegel, 1 Taschenuhr, 1 kompl. Schlafzimmer, 1 Klavier, 1 Stunduhr, 1 Bücher-schrank, 1 Buffet, 1 Anrichte, 1 runder Tisch, 1 Flurgarderobe, 1 Hebelmaschine, 1 Posten Stühle, 1 Posten Bilderrahmen und Bilderrahmenteisten

öffentlich, meistbietend gegen Bar.

Scheunemann, Ober-Gerichtsvollzieher. Stolp, Umlandstr. 12.

## Zwangs-Versteigerung.

Am Sonnabend, den 5. März d. Js., vorm. 10 Uhr werde ich Sandberg 1 folgende Gegenstände als:

Eine Partie Möbel aller Art, Porzellan- und Glaswaren, Gläser, Federn, Bettstellen, Tabak, Schokolade, Bonbons u. a. m.

Öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigern.

Stolp, den 2. März 1927.

Haseney,

Ober-Gerichtsvollzieher. Stolp, Küsterstraße 37.

## Stadttheater

Telephon 419.

Donnerstag, den 3. März abends 8 Uhr

## „Sah ein Knab' ein Röslein stehen“

Operette aus Goethes Jugendzeit von Spangenberg

Auf jeden gefassten Tag gibt es eine Freizeitarbeit. Nur einmalige Ausnahme.

Freitag, den 4. März abends 8 Uhr

## Der Günstling der Zeit

Operette aus Goethes Jugendzeit von Spangenberg

## F. W. Feige's Buchdrucker

Stolp i. Pom. Sernus 18 Präsidenten

## Anfertigung von Drucksachen

aller Art in schwarz und farbig